

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Kapitel. Einleitung	1
§ 1 Die Problematik und Zielsetzung der Untersuchung	1
§ 2 Der Untersuchungsgang und Untersuchungsumfang	4
2. Kapitel. Die Grundlagen der Untersuchung	5
§ 1 Die Rechtstatsachen der GmbH im Unternehmensverbund	5
I. Die Verbreitung der verbundenen GmbH	5
II. Die Struktur von Unternehmensverbindungen unter Beteiligung der GmbH	5
§ 2 Die Rechtsgrundlagen der GmbH im Verbund	7
I. Die Problematik	7
II. Die Bestimmungen des Aktienkonzernrechts als Rechtsgrundlagen des nicht verfaßten GmbH-Konzernrechts	8
1. Die Anwendbarkeit des Aktienkonzernrechts auf die verbundene GmbH im Wege der Gesamtanalogie	8
2. Die Strukturunterschiede zwischen AG und GmbH sowie die Lücken und Mängel des Aktienkonzernrechts als Gesamtanalogiehindernis	9
a) Strukturunterschiede zwischen AG und GmbH	9
b) Die Lückenhaftigkeit des Aktienkonzernrechts	10
c) Die Mangelhaftigkeit des Aktienkonzernrechts	12
3. Anwendbarkeit aktienkonzernrechtlicher Bestimmungen auf den GmbH-Konzern im Wege der Einzelanalogie	13
III. Die konzernspezifische Anwendung von GmbH-Recht	13
§ 3 Die Grundbegriffe und Typen der verbundenen GmbH	13
I. Der konzernrechtliche Unternehmensbegriff	14
II. Die GmbH als abhängige Gesellschaft	15
III. Die faktisch konzernierte GmbH	16
IV. Die Intensitätsgrade faktischer Konzernierung	17
1. Das Nebeneinander einfacher und qualifiziert faktischer Konzernierung	17
2. Die Definition des qualifiziert faktischen Konzern und die Abgrenzung zum einfachen faktischen Konzern	18
3. Die Operationalität der Abgrenzung einfacher und qualifiziert faktischer Konzernierung	22
V. Die vertraglich konzernierte GmbH	23

	<u>Seite</u>
§ 4 Die Zulässigkeit, die Grenzen und die ordnungspolitische Dimension des präventiven Regelungsgehalts des GmbH-Konzernrechts	24
I. Regelungsgehalt und Grenzen	24
1. Die Grundlagen des Aktienkonzernrechts als Modell für den Regelungsgehalt des GmbH-Konzernrechts	25
2. Die Organisationsfreiheit als Grenze des Regelungsgehalts des GmbH-Konzernrechts	26
a) Die verfassungsrechtliche Garantie der Organisationsfreiheit	26
b) Die wirtschaftliche Notwendigkeit der Organisationsfreiheit	27
II. Die ordnungspolitische Dimension des präventiven Regelungsgehalts	27
	29
§ 5 Der Regelungsansatz für den Präventivschutz im GmbH-Konzernrecht	32
3. Kapitel. Die Konzernbildungskontrolle auf der Ebene der abhängigen und konzernierten GmbH	34
§ 1 Die Auswirkungen von Abhängigkeits- und Konzernverhältnissen	34
I. Die möglichen Fallkonstellationen	34
II. Die Gefahren von Abhängigkeit und Konzernierung	34
§ 2 Die Entwicklung des konzernrechtlichen Präventivschutzes in Literatur und Rechtsprechung	37
§ 3 Die Notwendigkeit der Konzernbildungskontrolle auf der Ebene der abhängigen und konzernierten GmbH	40
I. Die gesellschaftsrechtliche Notwendigkeit	40
1. Das vorhandene konzernrechtliche Haftungssystem bei bestehender Abhängigkeit und faktischer Konzernierung	41
a) Anwendbarkeit der aktienkonzernrechtlichen Haftungsvorschriften	41
aa) § 117 AktG analog als Haftungsgrundlage	41
bb) § 317 AktG analog iVm §§ 311 ff. AktG analog als Haftungsgrundlage	41
b) Die Treuepflicht als Grundlage des Haftungssystems	45
c) Alternative Haftungssysteme	46
aa) Die Lehre von der ordnungsmäßigen Konzerngeschäftsführung	46
bb) Die Organhaftung als Alternativmodell	47
cc) Der deliktsrechtliche Ansatz von Mertens	48

	<u>Seite</u>
2. Die vorhandenen Schutzinstrumentarien im Vertragskonzern	49
3. Sonstige Schutzinstrumentarien	50
4. Die Effizienz der Rechtsschutzinstrumentarien	50
II. Die ordnungspolitische Notwendigkeit	51
III. Konsequenzen im Hinblick auf die Notwendigkeit des konzernrechtlichen Präventivschutzes	52
§ 4 Die Ausgestaltung des konzernrechtlichen Präventivschutzes gegenüber der Abhängigkeitsbegründung	53
I. Präventivschutz durch Satzungsgestaltung	53
1. Präventivschutz durch Ausschluß der Abtretung der GmbH-Anteile	54
2. Präventivschutz durch Vinkulierung der Gesellschaftsanteile	55
3. Präventivschutz durch vertragliche unternehmerische Tätigkeitsverbote	56
4. Präventivschutz durch Höchststimmrechte	58
5. Präventivschutz durch Ausschlußrechte und vertragliche Stimmverbote	59
II. Die Ausgestaltung des satzungsunabhängigen Präventivschutzes	59
1. Die Diskussionsansätze in der Literatur und Rechtsprechung	60
2. Die Tragfähigkeit und Tauglichkeit der einzelnen Rechtssinstrumentarien	62
a) Präventivschutz durch Austritts- und Abfindungsrechte	62
b) Präventivschutz durch Ausschlußrechte	67
c) Präventivschutz durch konzernspezifische Stimmverbote	67
d) Satzungsunabhängiger Präventivschutz durch gesetzliche Bezugsrechte bei Kapitalerhöhungen	69
e) Präventivschutz durch gesetzliche Wettbewerbsverbote	71
f) Präventivschutz durch generelle Abhängigkeitsbegründungsverbote von einem Unternehmensgesellschafter	79
§ 5 Die Ausgestaltung des konzernrechtlichen Präventivschutzes bei der Gründung eines einfachen faktischen Konzerns	83
§ 6 Die Ausgestaltung des Präventivschutzes bei der Gründung eines qualifiziert faktischen Konzerns	85

	<u>Seite</u>
§ 7 Die Ausgestaltung des Präventivschutzes beim Abschluß eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages	88
§ 8 Präventivschutz in mehrstufigen Abhängigkeitsverhältnissen und Konzernen	90
I. Der Präventivschutz in mehrstufigen Abhängigkeitsverhältnissen und faktischen Konzernen	92
II. Präventivschutz in mehrstufigen Vertragskonzernen	95
§ 9 Die Effizienz des konzernrechtlichen Präventivschutzes	96
I. Die formellen Beschußvoraussetzungen	96
1. Die Beschußmehrheiten	96
a) Die abhängigkeitsbegründenden oder ermöglichen Gesellschafterbeschlüsse	97
aa) Befreiung von präventiven Satzungsklauseln	97
bb) Die Befreiung von satzungsunabhängigen präventiven Instrumentarien	98
cc) Notwendigkeit der einstimmigen Beschußfassung	100
b) Gesellschafterbeschlüsse, die den faktischen Konzern legitimieren	102
c) Gesellschafterbeschlüsse, die den qualifiziert faktischen Konzern legitimieren	105
d) Zustimmungsbeschlüsse zu Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen	106
aa) Der satzungsändernde bzw. satzungsüberlagernde Charakter des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages	106
bb) Erforderliche Beschußmehrheiten	110
2. Stimmverbote	114
a) Rechtsgrundlagen der Stimmverbote	115
b) Stimmverbote bei Satzungsänderungen	115
aa) Stimmverbote bei der Aufhebung oder der Befreiung von präventiven Satzungsklauseln	115
bb) Stimmverbote bei der Befreiung von satzungsunabhängigen präventiven Verboten	117
c) Stimmverbote bei einfachen Gesellschafterbeschlüssen	118
3. Sonstige formelle Beschußfordernisse	120
a) Satzungsänderungen	120
b) Einfache Beschlüsse	121
c) Formerfordernisse beim Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	121

	<u>Seite</u>
II. Tauglichkeit der formellen Beschlüßvoraussetzungen für den konzernrechtlichen Präventivschutz	126
1. Mehrheiten	126
2. Stimmverbote	126
III. Die Effektivierung des Präventivschutzes	127
1. Die Erforderlichkeit materieller Beschußfordernisse	127
a) Der "sachliche Grund" als materielle Voraussetzung	128
aa) Der "sachliche Grund" als allgemeiner Kontrollmaßstab für Mehrheitsentscheidungen	128
bb) Der "sachliche Grund" als Beschußvoraussetzung für abhängigkeitsbegründende oder abhängigkeitsermögliche Mehrheitsbeschlüsse	129
b) Die einzelnen Kriterien der materiellen Beschußkontrolle	131
2. Vorbereitung der materiellen Beschußkontrolle durch Berichtspflichten	133
§ 10 Sicherstellung der Effizienz des konzernrechtlichen Präventivschutzes	134
I. Sanktionierung rechtswidriger oder faktischer Gesellschafterentscheidungen, die die Abhängigkeit ermöglichen bzw. begründen	134
1. Rechtsinstrumentarien gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	134
a) Nichtigkeit der gefaßten Beschlüsse analog § 241 AktG	135
b) Anfechtbarkeit der Beschlüsse analog § 243 AktG	135
c) Rechtsunwirksamkeit der gefaßten Gesellschafterbeschlüsse	137
d) Effizienz der Rechtsinstrumentarien	137
2. Rechtsschutzinstrumentarien gegen faktische Gesellschafterentscheidungen	138
a) Unterlassungsansprüche	138
b) Beseitigungs- und/oder Schadensersatzansprüche	140
c) Austrittsrecht der außenstehenden Gesellschafter	141
II. Sanktionierung rechtswidriger oder faktischer Gesellschafterentscheidungen und Geschäftsführungsaktivitäten, die die Gründung eines einfachen faktischen Konzerns zur Folge haben	143
1. Rechtsinstrumentarium gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	143
2. Rechtsinstrumentarium gegen faktische Gesellschafterentscheidungen	143

	<u>Seite</u>
a) Ansprüche gegen das herrschende Unternehmen	143
aa) Unterlassungsansprüche	143
bb) Schadensersatz- und/oder Beseitigungs- ansprüche	145
b) Maßnahmen gegen die Geschäftsführung der konzernierten GmbH	147
aa) Rechte der faktisch konzernierten GmbH	147
bb) Schadensersatzansprüche der einzelnen Gesell- schafter gegen den pflichtwidrig handelnden Geschäftsführer	148
c) Ansprüche gegen die Geschäftsführung des herrschenden Unternehmens	149
3. Austrittsrecht der außenstehenden Gesellschafter bei Einbeziehung der abhängigen GmbH in einen einfachen faktischen Konzern	151
III. Die Sanktionierung rechtswidriger und faktischer Gesell- schafterentscheidungen und Geschäftsführungsaktivitäten, die die Gründung eines qualifiziert faktischen Konzerns zur Folge haben	152
1. Rechtsschutzinstrumentarium gegen rechtswidrige Gesellschafterbeschlüsse	152
2. Rechtsschutzinstrumentarium gegen faktische Gesell- schafterentscheidungen	152
a) Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche der faktisch konzernierten GmbH	152
b) Ansprüche der qualifiziert faktisch konzernierten GmbH und deren außenstehender Gesellschafter, wenn die Konzernierung aus tatsächlichen Gründen nicht mehr beseitigt werden kann	155
aa) Der Anspruch auf Verlustausgleich	155
bb) Zusätzlicher Schadensersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung	158
cc) Das Austrittsrecht und der Abfindungsan- spruch analog § 305 AktG	159
dd) Ausgleichsanspruch analog § 304 AktG	162
c) Maßnahmen gegen die Organe der konzernierten GmbH	163
aa) Maßnahmen der qualifiziert faktisch konzer- nierten GmbH	163
bb) Schadensersatzansprüche der einzelnen Gesell- schafter gegen den pflichtwidrig handelnden Geschäftsführer	164
d) Maßnahmen gegen die Organe des herrschenden Unternehmens	165
IV. Rechtsfolgen und Sanktionen fehlender oder rechtsunwirk- samer Zustimmungsbeschlüsse beim Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag	166

Seite

1. Rechtliche Konsequenzen fehlerhafter Zustimmungsbeschlüsse	166
2. Die rechtliche Behandlung des rechtsunwirksamen, aber vollzogenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages	167
3. Die einzelnen Sanktionen bei der Durchführung rechtsunwirksamer Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	175
a) Ansprüche der konzernierten GmbH gegen das herrschende Unternehmen wegen rechtswidriger Durchführung eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages	176
b) Ansprüche des herrschenden Unternehmens gegen die abhängige GmbH bei rechtswidrigen, aber durchgeführten Unternehmensverträgen	177
c) Ansprüche der abhängigen GmbH und deren außenstehender Gesellschafter, wenn sich die durchgeführten Unternehmensverträge nicht mehr aus tatsächlichen Gründen rückabwickeln lassen	178
d) Ansprüche der abhängigen GmbH und deren außenstehender Gesellschafter, wenn der rechtsunwirksame Vertrag nach den Grundsätzen der fehlerhaften Gesellschaft als wirksam behandelt werden muß	179
V. Sanktionen in mehrstufigen Abhängigkeitsverhältnissen und Konzernen	180
1. Sanktionen gegen rechtswidrige Gesellschafterentscheidungen	180
2. Sanktionen gegen faktische Gesellschafterentscheidungen	180
a) Schadensersatzansprüche und Unterlassungsansprüche	180
b) Ansprüche analog §§ 302, 305, 304 AktG, falls sich die Maßnahmen nicht mehr rückgängig machen lassen	182
3. Sanktionen gegen die Geschäftsführung	182
§ 11 Die prozessuale Durchsetzung der Sanktionen	183
I. Prozessuale Realisierung der Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe analog §§ 241, 243 AktG sowie der Rechtsunwirksamkeitstatbestände	183
II. Die prozessuale Realisierung von Schadensersatz-, Unterlassungs- und sonstigen Ansprüchen	186
1. Die Realisierung von Schadensersatz- und Unterlassungsansprüchen und sonstigen Ansprüchen gegenüber dem herrschenden Unternehmen	186
a) Ansprüche der einzelnen Gesellschafter	186
b) Ansprüche der GmbH	186
aa) Die Rechtsgrundlagen und die einzelnen Voraussetzungen der Klagebefugnis	188

	Seite
2. Realisierung von Schadensersatzansprüchen gegenüber der Geschäftsführung	191
3. Die Durchsetzbarkeit von Schadensersatz- und sonstigen Ansprüchen in mehrstufigen Abhängigkeits- und Konzernverhältnissen	192
4. Beweislastfragen im Schadensersatzprozeß	193
a) Schadensersatzprozeß der abhängigen oder konzernierten GmbH gegen das herrschende Unternehmen	193
b) Schadensersatzprozeß der abhängigen GmbH gegen das herrschende Unternehmen	195
4. Kapitel. Die Konzernbildungskontrolle auf der Ebene der Obergesellschaft	196
§ 1 Die Auswirkungen von Abhängigkeits- und Konzernverhältnissen auf die GmbH	197
I. Die möglichen Fallkonstellationen	197
II. Die Gefahren der Ausgliederung, des Beteiligungserwerbs sowie der Konzernierung für die Obergesellschaft und deren außenstehender Gesellschafter	197
§ 2 Die Entwicklung des konzernrechtlichen Präventivschutzes auf der Ebene der Obergesellschaft in Literatur und Rechtsprechung	199
§ 3 Die Kompetenzordnung in der GmbH als Regelungsansatz für einen Präventivschutz	203
I. Problemstellung	203
II. Die Zuständigkeitsordnung in der GmbH	203
1. Die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung	204
2. Zuständigkeiten der Geschäftsführung	206
III. Die Verwertbarkeit der aktien- und personengesellschaftskonzernrechtlichen Diskussionsansätze bei der Ausgestaltung der Konzernbildungskontrolle im GmbH-Konzernrecht	206
§ 4 Die Notwendigkeit der Konzernbildungskontrolle auf der Ebene der Obergesellschaft	208
I. Zweifel an der Schutzbedürftigkeit der Gesellschafter der Obergesellschaft	208
II. Auskunftsansprüche der Gesellschafter der Obergesellschaft als Alternative zu den präventiven Zustimmungspflichten	209
III. Schadensersatzansprüche als Alternative zu den präventiven Zustimmungspflichten	209
§ 5 Die Ausgestaltung der Konzernbildungskontrolle	210

	<u>Seite</u>
I. Die präventive Kontrolle der Ausgliederung und des Beteiligungserwerbs	210
1. Die Ausgliederung und der Beteiligungserwerb als Ansatzpunkt für einen Präventivschutz	210
2. Die Ausgliederung und der Beteiligungserwerb als zustimmungspflichtige Satzungsänderungen	211
a) Die grundsätzliche Problematik	211
b) Die Ausgliederung einer Tochtergesellschaft als zustimmungspflichtige Satzungsänderung	212
aa) Die Erweiterung des Unternehmensgegenstandes in der ausgegliederten GmbH als faktische Satzungsänderung	212
bb) Die Aufgabe eines satzungsmäßigen Tätigkeitsbereichs durch Ausgliederung als Satzungsänderung	213
cc) Die Errichtung einer Holding bzw. Teilholding durch Ausgliederung einer Tochtergesellschaft als Satzungsänderung	214
dd) Systematische Einwendungen gegen die Annahme einer Satzungsänderung im Falle der Ausgliederung	215
3. Der Beteiligungserwerb als zustimmungspflichtige Satzungsänderung	216
a) Die Erweiterung des Unternehmensgegenstandes in der erworbenen Beteiligung als zustimmungspflichtige Satzungsänderung	216
b) Der Beteiligungserwerb als generelle Satzungsänderung	217
aa) Der Erwerb einer kapitalistischen Beteiligung als Satzungsänderung	217
bb) Der Erwerb einer unternehmerischen Beteiligung als Satzungsänderung	218
4. Die Ausgliederung und der Beteiligungserwerb als zustimmungspflichtige außergewöhnliche Maßnahmen und/oder unternehmenspolitischer Entscheidungen	220
II. Die Konzernbildungskontrolle bei Eingliederung der ausgegliederten oder erworbenen Gesellschaft in einen faktischen Konzern	221
1. Die einfache faktische Konzernierung als zustimmungspflichtige Satzungsänderung	222
2. Die qualifizierte faktische Konzernierung als zustimmungspflichtige Entscheidung	225
III. Der Ausschluß des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages als zustimmungspflichtige Entscheidung	226
IV. Notwendigkeit einer Bagatellklausel zwecks Erhaltung der notwendigen Organisationsflexibilität	227

	<u>Seite</u>
V. Konzernbildungskontrolle in mehrstufigen Unternehmensverbindungen	230
§ 6 Die Effizienz der Konzernbildungskontrolle auf der Ebene der Obergesellschaft	231
I. Die formellen Voraussetzungen der präventiven Zustimmungsbeschlüsse	232
1. Mehrheiten der Zustimmungsbeschlüsse zur Ausgliederung, zum Beteiligungserwerb sowie zum faktischen Konzern	232
2. Die Mehrheiten des Zustimmungsbeschlusses zum Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	236
3. Sonstige formelle Beschußvoraussetzungen	236
II. Rechtsqualität der Zustimmungsbeschlüsse der Obergesellschaft	238
III. Die Tauglichkeit der Zustimmungsbeschlüsse für einen effektiven konzernrechtlichen Präventivschutz auf der Ebene der Obergesellschaft	239
IV. Effektivierung des Präventivschutzes auf der Ebene der Obergesellschaft durch materielle Beschußvoraussetzungen	240
V. Vorbereitung der materiellen Beschußkontrolle durch Berichtspflichten	242
§ 7 Die Sicherstellung der Effizienz des konzernrechtlichen Präventivschutzes durch Sanktionierung rechtswidriger Gesellschafterbeschlüsse und Geschäftsführungsentscheidungen und deren prozessuale Durchsetzbarkeit	242
I. Sanktionierung rechtswidriger, nichtiger und rechtsunwirksamer Gesellschafterentscheidungen	242
II. Sanktionierung rechtswidriger Geschäftsführungsentscheidungen	243
1. Unterlassungsansprüche der Gesellschaft gegen die einzelnen Geschäftsführer	243
2. Unterlassungsanspruch des einzelnen Gesellschafters der Obergesellschaft auf Unterlassung kompetenzwidriger Aktivitäten durch den oder die Geschäftsführer	244
3. Beseitigungs- bzw. Schadensersatzansprüche des einzelnen Gesellschafters bei kompetenzwidrigem Handeln der Geschäftsführer	248
4. Die Grenzen des Unterlassungs- und Schadensersatzanspruchs des einzelnen Gesellschafters auf Achtung seiner Mitgliedschaftsrechte	249
a) Die Treuepflicht als Schranke des Anspruchs	249
b) Zeitliche Grenzen des Anspruchs	250
5. Austrittsrechte der Gesellschafter der Obergesellschaft	250

	<u>Seite</u>
III. Die prozessuale Durchsetzbarkeit der Sanktionen	251
1. Prozessuale Geltendmachung der Anfechtungs-, Nichtigkeits- und Rechtsunwirksamkeitsgründe	251
2. Prozessuale Geltendmachung der Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche durch die einzelnen Gesellschafter	251
a) Die grundsätzliche Klagbarkeit der Ansprüche	251
b) Die prozessuellen Einzelprobleme	253
3. Effektivierung des Rechtsschutzes durch Feststellungsklagen	255
5. Kapitel. Die Konzernleitungskontrolle	256
 § 1 Die grundsätzliche Problematik	256
I. Die Zuständigkeitsverlagerung zwischen Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung bei Entscheidungen im bestehenden Unternehmensverbund	256
II. Die Gefahren der Zuständigkeitsverlagerung für die Gesellschafter der Obergesellschaft und die problematischen Fallkonstellationen	257
 § 2 Die Entwicklung der Diskussion in Literatur und Rechtsprechung	259
 § 3 Die Notwendigkeit der Konzernleitungskontrolle	261
I. Konzernweite Auskunftsansprüche als Alternative zur Konzernleitungskontrolle	261
II. Schadensersatzansprüche als Alternative zur Konzernleitungskontrolle	262
III. Die Lösung der Problematik durch Satzungsgestaltung als Alternative zur Konzernleitungskontrolle	263
IV. Der Vorrang der Konzernbildungskontrolle vor der Konzernleitungskontrolle	264
 § 4 Die Grenzen der Konzernleitungskontrolle und Einwendungen gegen die Konzernleitungskontrolle	265
I. Die Tochtergesellschaft als selbständige Organisationsseinheit als Grenze der Konzernleitungskontrolle	265
II. Die Praktikabilitätseinwendungen gegen die Konzernleitungskontrolle	266
 § 5 Die Konzernleitungskontrolle durch Zustimmungserfordernisse der Gesellschafter der Obergesellschaft bei konzernleitenden Maßnahmen in den Tochtergesellschaften	267
I. Die Grundlagen der Konzernleitungskontrolle durch Mitwirkungserfordernisse der Gesellschafter der Obergesellschaft	267
1. Konzernleitungskontrolle durch konzerndimensionale Kompetenzfortschreibung	268

2. Welche Maßnahmen in den Tochtergesellschaften bedürfen der Mitwirkung der Gesellschafterversammlung der Obergesellschaft	268
3. In welcher Form und mit welchen Mehrheiten hat die Mitwirkung der Gesellschafter der Obergesellschaft bei den Entscheidungen in den Tochtergesellschaften zu erfolgen	271
4. Notwendigkeit einer Bagatellklausel zwecks Erhaltung der Organisationsflexibilität bei konzernleitenden Entscheidungen	273
II. Konzernleitungskontrolle in exemplarischen Fallgestaltungen	275
1. Die Konzernleitungskontrolle durch konzerndimensionale Kompetenzfortschreibung bei Gewinnverwendungsentscheidungen in den Tochtergesellschaften	275
a) Die konzerndimensionale Fortschreibung der Gewinnkompetenz des § 29 GmbHG als Grundlage von Gewinnverwendungsentscheidungen in den Tochtergesellschaften	276
b) Die Effizienz der konzerndimensionalen Kompetenzfortschreibung bei Gewinnverwendungsent-scheidungen für einen Präventivschutz durch Konzernleitungskontrolle	278
c) Die Effektivierung der Konzernleitungskontrolle durch zusätzliche sachliche Rechtfertigung der Gewinnverwendungsbeschlüsse bei Entscheidungen in den Tochtergesellschaften	280
2. Konzernleitungskontrolle durch Zustimmungspflichten der Gesellschafter der Obergesellschaft bei Kapitalerhöhungen in den Tochtergesellschaften	284
a) Konzerndimensionale Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung bei Kapitalerhöhungen in den Tochtergesellschaften	284
aa) Die Zuständigkeitsordnung bei Kapitalerhöhungen in den Tochtergesellschaften, die zu 100 % von den Gesellschaftern der Obergesellschaft übernommen werden	284
bb) Die Zuständigkeitsordnung bei Kapitalerhöhungen in den Tochtergesellschaften bei vollständigem oder teilweisem Bezugsrechts-ausschluß der bisherigen Gesellschafter der Obergesellschaft	286
b) Die Effizienz der Konzernleitungskontrolle durch konzerndimensionale Kompetenzerweiterung bei Kapitalerhöhungen in Tochtergesellschaften	287
3. Konzernleitungskontrolle durch Zustimmungspflichten der Gesellschafter der Obergesellschaft bei Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die Tochtergesellschaft	289

Seite

a) Konzerndimensionale Kompetenzerweiterung bei Gründung von Gemeinschaftsunternehmen durch Tochtergesellschaften	289
b) Die Effizienz der Konzernleitungskontrolle durch konzerndimensionale Kompetenzerweiterung bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen durch die Tochtergesellschaft	290
4. Konzernleitungskontrolle durch Zustimmungspflichten der Gesellschafter der Obergesellschaft beim Abschluß von Unternehmensverträgen durch die Tochtergesellschaft	291
a) Konzerndimensionale Erweiterung der Zustimmungspflichten, wenn die Unternehmensverträge durch die Tochtergesellschaften mit Dritten abgeschlossen werden	291
b) Die Effizienz der Konzernleitungskontrolle durch konzerndimensionale Zustimmungspflichten beim Abschluß von Unternehmensverträgen durch Tochtergesellschaften	293
§ 6 Konzernleitungskontrolle durch Mitwirkungsbefugnisse des Aufsichtsrats in den Tochtergesellschaften	294
I. Die Befugnisse des Aufsichtsrats in der unverbundenen GmbH	295
1. Die Notwendigkeit der Einrichtung eines Aufsichtsrats	295
2. Die einzelnen Zuständigkeiten des Aufsichtsrats	295
II. Die konzerndimensionale Erweiterung der Befugnisse des Aufsichtsrats	296
§ 7 Die Konzernleitungskontrolle in mehrstufigen Unternehmensverbindungen	298
§ 8 Sanktionierung der Verletzungen der Rechtsinstrumentarien der Konzernleitungskontrolle und deren prozessuale Durchsetzbarkeit	299
I. Die Verletzung der konzerndimensionalen Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung	299
II. Verletzungen der konzernweiten Mitwirkungsbefugnisse des Aufsichtsrats	300
1. Ansprüche des Aufsichtsrats als Organ, deren notwendige Eingrenzung sowie die Klagbarkeit	300
2. Ansprüche einzelner Aufsichtsratsmitglieder und deren Klagbarkeit	302
Schlußbetrachtung und Ausblick	304
I. Der Präventivschutz im GmbH-Konzernrecht eine Alternative zum herkömmlichen konzernrechtlichen Regelungsansatz?	304

II. Der präventive Regelungsgehalt im GmbH-Konzernrecht ein rechtsformspezifischer oder rechtsformunabhängiger Regelungsansatz für das Konzernrecht?	305
III. Das Nebeneinander von Konzernbildungskontrolle und Konzernleitungskontrolle als erster Schritt in Richtung auf ein Konzernverfassungsrecht?	307
IV. Resümee	307
Literaturverzeichnis	308